



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 12. Februar 2024

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (Härtung der Mobilfunknetze gegen Störungen der Stromversorgung); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. November 2023 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

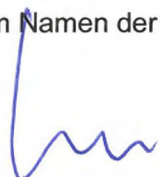
Wir lehnen die angestrebte Härtung der Mobilfunknetze ab. Zusätzliche Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Mobilnetzes bei Stromausfällen erachten wir zwar als angezeigt. Dies insbesondere mit Blick auf die Risikoanalyse des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS), das eine Strommangellage bzw. ein Stromausfall als relativ häufig eintretendes Risiko mit hoher Schadenserwartung einschätzt.

Unseres Erachtens ist die Nutzung von Batterie-Technologie zur Überbrückung einer Strommangellage allerdings vorzuziehen. Die Nutzung von Batterien hat geringere Umweltauswirkungen an den entsprechenden Standorten und ist effizienter zu realisieren als dieselbetriebene Notstromaggregate. Aus diesem Grund unterstützen wir es, die vorgesehene Stromautonomie von 72 auf 4 Stunden zu reduzieren. Von einer unkomplizierten und kosteneffizienten Umsetzung profitieren nicht nur die Mobilfunkkonzessionärinnen, sondern auch die Konsumentinnen und Konsumenten, da die Abo-Preise weniger ansteigen.

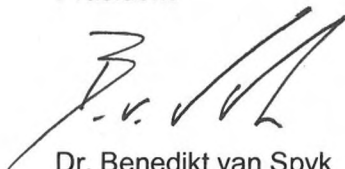
Ergänzend sollte die Aufrechterhaltung der Rundfunkdienste der konzessionierten Radio- und TV-Betriebe (Art. 94a Abs. 3) aufgenommen werden. Zudem sollte die 1,5-Millionen-Personengrenze (Art. 96h Abs. 2 lit. b) aufgehoben werden, damit die Verordnung auch bei grösseren Ereignissen greift. Mit diesen Anliegen orientieren wir uns an der Stellungnahme der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Stefan Kölliker
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
tp-secretariat@bakom.admin.ch